

Sachdokumentation:

Signatur: DS 58

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/58](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/58)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

## Nein zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“

### 1. Worum handelt es sich?

Am 28. Februar 2016 wird die Schweizer Bevölkerung über die Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ abstimmen. Die Volksinitiative fordert, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt wird, insbesondere nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen. Ehepaare sollen in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden. Die Initiative wird die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definiert.

### 2. FDP.Die Liberalen sagt Nein zur diskriminierenden und sinnlosen CVP-Volksinitiative

- **Die Initiative schafft einen toten Paragraphen**  
Ein neuer Verfassungsartikel im Sinne der Initianten schafft die Heiratsstrafe nicht ab. Die Initiative würde sich wohl nur auf die direkte Bundessteuer auswirken, da Ehepaare auf kantonaler Ebene oft schon besser gestellt sind als unverheiratete Paare. Ausserdem sind sie trotz der noch bestehenden Heiratsstrafe in den Sozialversicherungen tatsächlich insgesamt besser abgesichert als unverheiratete Paare. Die Initiative ist der falsche Weg, das Problem endlich zu lösen. Hierfür braucht es die Einführung der Individualbesteuerung.
- **Rückwärtsgewandtes Familien- und Frauenbild**  
Mit der Besteuerung von Ehepaaren als Wirtschaftsgemeinschaft werden vor allem Einverdienerpaare begünstigt. Dies schafft negative Anreize für Frauen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, da sich Arbeit für Zweitverdiener (mehrheitlich Frauen) nicht immer lohnt. Die Initiative blockiert damit die einzige faire, effiziente und umsetzbare Lösung: Die Einführung der geschlechts- und zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung über den Gesetzesweg. Diese fördert die Erwerbsarbeit, anstatt sie steuerlich zu bestrafen.
- **Diskriminierende Definition von Ehe**  
Bei Annahme der Initiative würde die Ehe als „Gemeinschaft von Mann und Frau“ erstmals ausdrücklich in der Verfassung festgeschrieben. Dies ist unnötig und hat keinen Bezug zum Initiativanliegen. Ausserdem ist eine solche Definition diskriminierend gegenüber homosexuellen Paaren, denn damit ist Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ohne erneute Verfassungsänderung nicht mehr möglich. Die heutigen gesellschaftlichen Realitäten werden ignoriert. Die CVP versucht hier, veraltete Gesellschaftsbilder in die Verfassung zu schmuggeln.

### 3. Kurz gesagt

FDP.Die Liberalen lehnt die CVP-Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ ab, weil...

- ...die Initiative die Heiratsstrafe nicht abschafft und damit sinnlos ist
- ...sie die Einführung der Individualbesteuerung über den Gesetzesweg blockiert
- ...sie die heutigen gesellschaftlichen Realitäten ignoriert
- ...sie veraltete Gesellschaftsbilder in der Verfassung festschreibt

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**